

DIREKT

Aktuelles vom Deutschen Baugewerbe

DAS DEUTSCHE
BAUWERBE



5/2025

NATIONALTEAM
BAUWERBE



euroskills
Herning2025



Interview Gitta Connemann

Seite 3

Doppel-Gold für Deutschlands Bauhandwerker

Seite 8

Mindestlohn

Seite 10

SAGEN SIE UNS DIE MEINUNG!

Leserumfrage ZDB DIREKT

Wir möchten unser Verbandsmagazin ZDB DIREKT für Sie noch interessanter und nützlicher gestalten. Deshalb interessiert uns Ihre Meinung:

Was gefällt Ihnen, was sollten wir verbessern und welche Themen oder Formate wünschen Sie sich für die Zukunft?

Gleichzeitig denken wir grundsätzlich darüber nach, wie unser Magazin künftig aussehen soll und in welcher Form es weitergeführt wird.

Ihr Feedback ist dabei eine wichtige Entscheidungsgrundlage.

Die Umfrage dauert nur zwei Minuten.

Sie bleiben dabei selbstverständlich anonym.

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Hier geht es zur Umfrage: baugewerbe.net/leserumfrage



Liebe Leserinnen und Leser,

lassen Sie uns mit den guten Nachrichten beginnen. Unser Nationalteam Baugewerbe hat bei den EuroSkills 2025 in Dänemark wahrlich abgeräumt und Doppel-Gold, Silber, Bronze und eine Medaille für Excellence geholt. Ein beeindruckendes Signal, das Mut macht und zeigt, dass unser Nachwuchs international mithält und Ausbildung, Einsatz und Förderung in der Branche Früchte tragen. Das ist nicht nur ein Erfolg für die jungen Teilnehmer, sondern auch für ihre Trainer und die vielen Betriebe, Ausbilderinnen und Ausbilder, die tagtäglich dafür sorgen, dass Qualität und Handwerk weiterleben.

Während unser Nachwuchs in Europa glänzte, ist mit dem Ende der Sommerpause ein intensiver Herbst eingeläutet worden. Die Bundesregierung hat einen „Herbst der Reformen“ angekündigt mit tiefgreifenden strukturellen Weichenstellungen für Wirtschaft, Infrastruktur und Bau. Bundeskanzler Friedrich Merz schwor Deutschland auf tiefgreifende Veränderungen ein. Für uns heißt das: Die Richtung stimmt – aber es kommt jetzt auf die Umsetzung an.

Ein wichtiger Schritt ist der beschlossene Bau-Turbo, mit dem Planungs- und Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau vereinfacht werden sollen. Der ZDB begrüßt dieses Signal. Doch klar ist auch: Ein Gesetz allein schafft keine Wohnungen. Entscheidend wird sein, ob Länder und Kommunen die neuen Möglichkeiten tatsächlich nutzen, um schneller und pragmatischer zu bauen. Die Investitionsbedingungen müssen stimmen, Menschen müssen wieder Vertrauen fassen und bauen wollen. Sonst verpufft der Effekt.

Gute Nachrichten gibt es beim Straßenbau: Neue Milliardenmittel aus dem Sondervermögen „Klima und Transformation“ sollen helfen, den Investitionsstau in der Verkehrsinfrastruktur zu lösen. Bis 2029 zusätzlich drei Milliarden Euro bereitzustellen ist kein Luxus, sondern ein Minimum und absolut notwendig. Wichtig ist, dass die Mittel zügig abfließen und alle Firmen, auch die mittelständischen Unternehmen, fair beteiligt werden.

Dazu gehört, das Vergabebesleunigungsgesetz so zu gestalten, dass kleine, mittlere und große Unternehmen am Wettbewerb teilnehmen können. Der ZDB bewertet den aktuellen Gesetzentwurf als tragfähigen Kompromiss: Er bringt mehr Effizienz in die Verfahren, ohne dabei die Interessen der mittelständischen Unternehmen im Land zu übergehen. Denn klar ist: Der Mittelstand bleibt das Rückgrat unserer Bauwirtschaft und braucht faire Rahmenbedingungen.

Anachronistisch ist dagegen die Ankündigung der Bundesregierung, wieder stärker auf Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) setzen zu wollen. Diese Vergabemodelle schließen den Mittelstand weitge-



hend vom Wettbewerb aus – zum Schaden des Wettbewerbs und nicht zuletzt der Steuerzahler. Es gibt deutlich intelligentere, mittelstandsfreundlichere Modelle privater Finanzierung. Das Sondervermögen muss zu mehr Beteiligung und Bietern auf dem Markt führen, nicht weniger.

All diese Themen werden wir auf unserem Baugewerbetag am 5. November in Berlin besprechen. Wir erwarten hochrangige Gäste, darunter Bundeskanzler Friedrich Merz und Bundesbauministerin Verena Hubertz. Der Tag bietet unserer Branche die Gelegenheit, zentrale Anliegen klar zu formulieren, wichtige Impulse zu setzen und den Dialog mit der Politik auf Augenhöhe zu führen.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre und einen Herbst, in dem wir gemeinsam Weichen stellen: für unsere Unternehmen, für den Branchennachwuchs und für eine Baupolitik, die den Herausforderungen gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Felix Pakleppa

„Unsere Betriebe brauchen eine Vereinfachung des Rechtsrahmens“

Seit Mai ist Gitta Connemann Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand. Die Juristin und langjährige Bundestagsabgeordnete versteht sich selbst als „Herzblutmittelständlerin“. Ein Gespräch über die aktuelle Lage des Mittelstands, die geplanten Entlastungen durch Steuer- und Vergabereformen und die Chancen, die sich aus dem neuen Sondervermögen für die Bauwirtschaft ergeben.

ZDB DIREKT: Frau Connemann, der Mittelstand ist sicherlich die Herzkammer der deutschen Wirtschaft und liegt ihnen ja nicht erst seit ihrer Berufung zur Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung im Mai 2025 sehr am Herzen. Wie beurteilen sie aktuell die Lage des Mittelstands in unserem Land?

Connemann: Ja, das Thema Mittelstand zieht sich wie ein roter Faden durch mein Leben. Ich bin auf einem landwirtschaftlichen Betrieb aufgewachsen, habe eine Ausbildung im Einzelhandel gemacht und war selbständig mit einer Anwaltskanzlei. Ich habe von klein auf an erlebt, was im Mittelstand geleistet wird – jeden Tag. Und bin deshalb Herzblutmittelständlerin.

Darum treibt mich auch die Situation des Mittelstandes in unserem Land um. Laut KfW-ifo-Mittelstandsbarometer hat sich das Geschäftsklima bereits den vierten Monat in Folge verbessert, dennoch befinden wir uns in einer historischen Wirtschaftssituation. Unsere Betriebe müssen einen ziemlich toxischen Cocktail verdauen, der sich aus den Folgen der Pandemie, dem Anstieg der Energiepreise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, den höheren US-Zöllen und diversen Standortnachteilen mixt. Besonders kleine und mittlere Betriebe sind von Liquiditätsengpässen betroffen. Wir nehmen die Warnungen und Hilferufe aus dem Mittelstand sehr, sehr ernst. Sie brauchen Licht am Ende des Tunnels. Deshalb haben wir seit der Regierungsübernahme Tempo gemacht.

ZDB DIREKT: Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung gesagt, dass die deutsche Wirtschaft in großen Teilen noch wettbewerbsfähig ist. Aber die Rahmenbedingungen, unter denen die Unternehmerinnen und Unternehmer arbeiten müssen, sind es nicht mehr. Stichworte sind hier Regulierung und Bürokratie, eine marode Infrastruktur, hohe Steuern, Abgaben und teure Energie. Wie kann die neue Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die Unternehmen wieder verbessern und was steht auf der Prioritätenliste ganz oben?

Connemann: Es stimmt. Über viele Jahre hinweg haben sich Struktur-schwächen aufgestaut und hängen uns nun wie ein Klotz am Bein. Damit bleibt Deutschland weit hinter seinen Möglichkeiten. Denn das Potential ist da. Wir müssen nur auf die Stimmen aus der Praxis hören. Die Betriebe sagen, was Wettbewerbsfähigkeit kostet: zu hohe Steuern, Abgaben und Energiekosten, lähmende Bürokratie, Mitarbeitermangel. Sie brauchen einen Befreiungsschlag. Und da setzen wir an. Bereits drei Wochen nach Regierungsantritt wurde ein Sofortprogramm beschlossen, das jetzt sukzessive umgesetzt wird, um Investitionen voranzubringen, Energiekosten zu senken, Bürokratie rückzubauen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Aber was ebenso wichtig ist: Der Mittelstand muss raus aus den Sonntagsreden und rein ins politische Alltagshandeln. Die Praxis muss in jeder Ebene, bei jedem Gesetz oder Programm mitgedacht werden.



ZDB DIREKT: Kann Deutschland wieder zur Wachstumslokomotive werden, die Europa zieht?

Connemann: Ja. Gerade weil Deutschland auf einen leistungsstarken Mittelstand zählen kann. Es gibt bei uns immer noch rund 3,4 Millionen Betriebe, davon mehr als 99 Prozent kleine und mittlere. Dort geben sich Kompetenz und Kreativität, Mut und Ideen die Hand. Deshalb bestehen Mittelständler trotz schwieriger Rahmenbedingungen auch auf dem europäischen und internationalen Markt. Sie können auf veränderte Marktbedingungen reagieren.

Aber dafür müssen wir die Betriebe machen lassen. Sie brauchen Luft zum Atmen. Die übermäßige Regulierung wirkt dagegen wie ein Knebel – und zudem wie Misstrauen pur. Das betrifft nicht nur nationales Recht. Die EU setzt noch mehr drauf. Deshalb drängen wir in Brüssel auf Entlastung und Vereinfachung: von der Nachhaltigkeitsberichterstattung bis zur Arbeitnehmerentsendung. Wir drehen gleichzeitig an mehreren Stellschrauben, um unsere Energieversorgung zu sichern und bezahlbar zu machen. Steuerliche Verbesserungen gelten bereits seit dem 19. Juli. Wir sorgen für bessere Abschreibungsmöglichkeiten und niedrigere Unternehmenssteuern. Auch die Stromsteuer senken wir dauerhaft insbesondere für das produzierende Gewerbe auf das europäische Mindestmaß. Mit Hilfe von Praxischecks beseitigen wir bürokratische Hindernisse.

Das und vieles andere mehr ist Treibstoff für den Standort Deutschland. Zur Wahrheit gehört aber auch: Wir haben jetzt längere Zeit auf der Standspur gestanden. Die anderen Mitgliedsstaaten sind an uns vorbei gefahren. Jetzt müssen wir das Feld von hinten aufräumen.

ZDB DIREKT: Die Welt ist viel schneller geworden, ein Blick nach China allein zeigt das. Hat Deutschland die Kraft und auch den Willen, in den modernen Technologien wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, aber auch einer zugleich ressourcenschonenden und leistungsfähigen Energiewirtschaft wieder vorne mitzuspielen?

Connemann: Deutschland wäre mit dem Klammerbeutel gepudert, die Chancen der Digitalisierung nicht zu nutzen. Diese macht Innovation, neue Geschäftsmodelle, aber auch Effizienzgewinne möglich. Ressourcen können eingespart werden – und das über alle Branchen hinweg. Bis dato fehlte aber eine klare, bundesweite Digitalstrategie. Und wir stehen uns mit dem Datenschutz massiv im Weg. Deshalb hat Friedrich Merz die Digitalisierung zur Chefsache gemacht – durch ein neues Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung.

Damit haben wir zum ersten Mal ein zentrales Instrument, die Digitalisierung strategisch voranzutreiben und Deutschland als Digitalstandort zu stärken – gerade auch für den Mittelstand in seiner ganzen Breite. Ob Bau-, Handwerks-, Handels- oder Industriebetriebe: Wir müssen alle digital mitnehmen, um im Wettbewerb vorne mitzuspielen. Aber die Unternehmen müssen auch selbst Lust an der Digitalisierung bekommen. Da gibt es große Unterschiede, von Abwarten bis Aufbruch. Nur gemeinsam wird es gelingen, dass die Digitalisierung im betrieblichen Alltag ankommt.

Ressourcenschutz und Wirtschaftlichkeit müssen Hand in Hand gehen. Und können es auch. Aber das geht nicht mit Verboten und Regulierung, sondern nur mit echter Technologieoffenheit. Einseitige politische Festlegungen auf bestimmte Technologien wie zum Beispiel beim Verbrenner sind der falsche Weg. Das gilt auch für Technologien, die zum Erreichen der Dekarbonisierung notwendig und die in anderen europäischen Partnerländern bereits möglich sind wie Carbon Capture, Utilization and Storage (CCU/S), sie auch zu nutzen und nicht kategorisch auszuschließen.

Ein weiteres Beispiel ist die Ersatzbaustoffverordnung, die eigentlich für Kreislaufwirtschaft am Bau sorgen soll. Wegen zu hoher Bürokratie, zu niedriger Grenzwerte und des fehlenden Produktstatus von mineralischen Ersatzbaustoffen wird aber weniger recycelt und es werden mehr Rohstoffe auf die Deponie gefahren. Wir brauchen also mehr und echte Technologieoffenheit. Damit können wir Wettbewerbsfähigkeit und effektiven Klimaschutz miteinander verbinden.

ZDB DIREKT: Viele Unternehmen klagen über hohe Steuern und Abgaben. Wann kommen die verbesserten Abschreibungsregelungen (Booster) und wann sinken die Steuern für die Unternehmen insgesamt?

Connemann: Das Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm ist bereits verabschiedet und steht im Bundesgesetzblatt. Die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens von bis zu 30 Prozent gilt schon seit dem 1. Juli 2025 bis Ende 2027. Gleiches gilt für eine beschleunigte Abschreibung für betrieblich neu angeschaffte Elektrofahrzeuge, flankiert von einer verbesserten Dienstwagenbesteuerung von E-Autos. Die Körperschaftsteuer werden wir ab 2028 stufenweise von derzeit 15 auf 10 Prozent absenken und damit die Unternehmenssteuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Maß reduzieren.

Aus meiner Sicht etwas spät; aber immerhin gehen wir auch die Steuersätze an, was seit 2008 keine Bundesregierung mehr gemacht hat. Im Übrigen werden von der zeitlich parallelen Verbesserung der Thesaurierungsbegünstigung auch Einzelunternehmen und Personengesellschaften profitieren.

ZDB DIREKT: Ist es mittlerweile ein Naturgesetz, dass die Abgaben in Deutschland immer weiter ansteigen?

Connemann: Nein. Ein Naturgesetz ließe sich nicht ändern. Aber das müssen wir. Ohne Frage: Das wird eine Herausforderung. Die demografische Alterung setzt die Sozialversicherungen unter Druck. Aktu-

ell verlassen rund 400.000 mehr Menschen den Arbeitsmarkt als nachrücken. Dadurch sinken die Einnahmen, während die Ausgaben für Renten, Kranken- und Pflegeversicherung steigen.

Wir müssen die Beitragssätze stabilisieren. Dabei setzen wir auf höhere Einnahmen durch mehr Beschäftigung. Dafür muss Arbeiten wieder attraktiver werden. Wer mehr oder länger arbeitet, wird steuerlich profitieren. Das gilt für Überstunden. Aber auch für Rentnerinnen und Rentner. Wer nach dem gesetzlichen Rentenalter weiter arbeitet, bekommt bis zum 2.000 Euro steuerfrei. Wir werden die Arbeitszeit flexibilisieren – von einer täglichen zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit.

Mehr Flexibilität hilft nicht nur den Betrieben, sondern auch den Mitarbeitern. Sommerüberstunden sind der beste Schutz gegen Winterarbeitslosigkeit. Deshalb haben wir bereits im Juli den Dialogprozess mit den Sozialpartnern gestartet. Und natürlich müssen wir dafür sorgen, dass die erwerbsfähigen Bürgergeldempfänger wieder in Arbeit kommen. Davon profitieren der Staat und die Kassen.

Gleichzeitig werden wir die Ausgabenseite in den Blick nehmen. Eine Kommission unter Beteiligung von Expertinnen und Experten und Sozialpartnern soll dafür bis zum Frühjahr 2027 konkrete Maßnahmen vorschlagen.

ZDB DIREKT: Deutschland ist Mittelstandsland. Wie kann die Bundesregierung und gerade Sie als Mittelstandsbeauftragte sicherstellen, dass auch der Mittelstand, also die vielen kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land, diese Transformation meistern können?

Connemann: Der Mittelstand ist die Kreativabteilung der Wirtschaft. Manchmal fehlt aber gerade den KMU Kapital. Dafür haben wir im Wirtschaftsministerium Förderinstrumentarium: von der Gründung über die Skalierung bis zur Unternehmensnachfolge. Wir arbeiten daran, die Programme einfacher und für mehr Betriebe unbürokratisch zugänglich zu machen.

Bewährt hat sich das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, kurz: ZIM. Damit bieten wir branchen- und themenoffen Zuschüsse für technische Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Und wir fördern den Technologietransfer. Mit einer neuen Förderrichtlinie haben wir die Förderbedingungen insbesondere für kleine und junge Unternehmen verbessert.

ZDB DIREKT: Schauen wir auf das Sondervermögen und die großen Summen, die jetzt investiert werden. Wird das Geld so investiert werden, dass auch der Mittelstand eine faire Chance im Wettbewerb hat?



EuroSkills 2025: Deutschlands Bauhandwerker holen Doppel-Gold, Silber und Bronze



Vom 9. bis 13. September fanden im dänischen Herning die Europameisterschaften der Berufe statt. Das Nationalteam Deutsches Baugewerbe startete bei den EuroSkills in fünf Gewerken. Nach drei Wettbewerbstagen konnten sich die sechs Ausnahmehandwerker über eine großartige Medallenausbeute freuen.

Linus Großhardt (21) aus Baden-Württemberg holt **Gold** im Wettbewerb der Zimmerer

Franz Lehnert (21) aus Bayern gewinnt **Gold** im Wettbewerb der Stuckateure

Florian Quade (22) aus Brandenburg gewinnt **Silber** im Wettbewerb der Maurer

Muhammed Ali Lamain (20) aus Baden-Württemberg und **Louis Ritschel** aus Bayern gewinnen als Team die **Bronzemedaille** im Wettbewerb der Beton- und Stahlbetonbauer

Luis Brauner (21) aus Nordrhein-Westfalen holt einen stolzen fünften Platz und die „**Medallion for Excellence**“ für eine besonders hohe Punktzahl im Wettbewerb der Fliesenleger

Getragen wird das Nationalteam Baugewerbe vom Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB). ZDB-Präsident Wolfgang Schubert-Raab war vor Ort dabei und hat das Team angefeuert: „Wir sind unglaublich stolz auf unsere Mannschaft! Nach monatelangem, intensivem Training haben alle gezeigt, dass sie zur europäischen Spitze gehören. Medaillen in gleich mehreren Gewerken – das ist eine herausragende Leistung und ein starkes Signal für den gesamten Bau-Nachwuchs. Mein Dank gilt auch den Trainerinnen und Trainern, den Betrieben und Familien, die das Team unterstützt haben. Dieser Erfolg ist eine echte Gemeinschaftsleistung.“

EuroSkills 2025 – Skilled for a greener future

Die EuroSkills-Berufseuropameisterschaft wird alle zwei Jahre ausgetragen. In Herning traten rund 600 junge Fachkräfte aus 32 Ländern in 38 Disziplinen gegeneinander an. Deutschland war mit 35 Teilneh-

merinnen und Teilnehmern in 30 Disziplinen vertreten. Insgesamt holten die deutschen Teilnehmer in Dänemark sieben Goldmedaillen, sechs Silbermedaillen und zwei Bronzemedallien.

Dank an die Sponsoren

Die Teilnahme des Teams an den internationalen Wettbewerben ist nur mit der Unterstützung starker Partner möglich. Das Nationalteam dankt: Adolf Würth GmbH & Co. KG, BRZ Deutschland GmbH, Collomix GmbH, Nevaris Bausoftware GmbH, STABILA Messgeräte, VHV Versicherungen sowie der Zertifizierung Bau GmbH.



Gesetzlicher Mindestlohn: Das bedeuten die Erhöhungen für die Baubranche

Der gesetzliche Mindestlohn soll bis 2027 in zwei Schritten auf 14,60 Euro pro Stunde steigen. Für die Bauwirtschaft schmilzt der Abstand zu den Tariflöhnen – mit Folgen für Tarifautonomie und Personalgewinnung.

Die Mindestlohnkommission hat Ende Juni einen neuen Mindestlohn vorgeschlagen. Vorgesehen ist ab dem kommenden Jahr eine Erhöhung von aktuell 12,82 Euro auf 13,90 Euro, eine weitere Erhöhung auf 14,60 Euro soll ab Januar 2027 folgen. Das bedeutet eine Steigerung um 13,88 Prozent in den vergangenen zwei Jahren.

Die Bundesregierung kann diese Empfehlung nun per Rechtsverordnung umsetzen oder den Mindestlohn auf der bisherigen Höhe belassen. Einen anderen Wert festlegen kann sie nicht. Das könnte nur durch ein von der parlamentarischen Mehrheit im Bundestag beschlossenes Gesetz erfolgen, wie es seinerzeit bei der Erhöhung auf 12,00 Euro – ein Wahlversprechen der SPD – der Fall war. Bundesarbeitsministerin Bas hat bereits erklärt, die Empfehlung umzusetzen.

Entwicklung seit 2015

Insgesamt ist der Mindestlohn seit seiner Einführung 2015 um 50,8 Prozent gestiegen; am 1. Januar 2027 sind es dann sogar 71,8 Prozent. Zum Vergleich: Die Lohngruppe 1 (ehemals Mindestlohngruppe 1) im Baugewerbe wird in Westdeutschland im gleichen Zeitraum bis 2027 um 42,2 Prozent steigen, der Ecklohn um 39,8 Prozent.

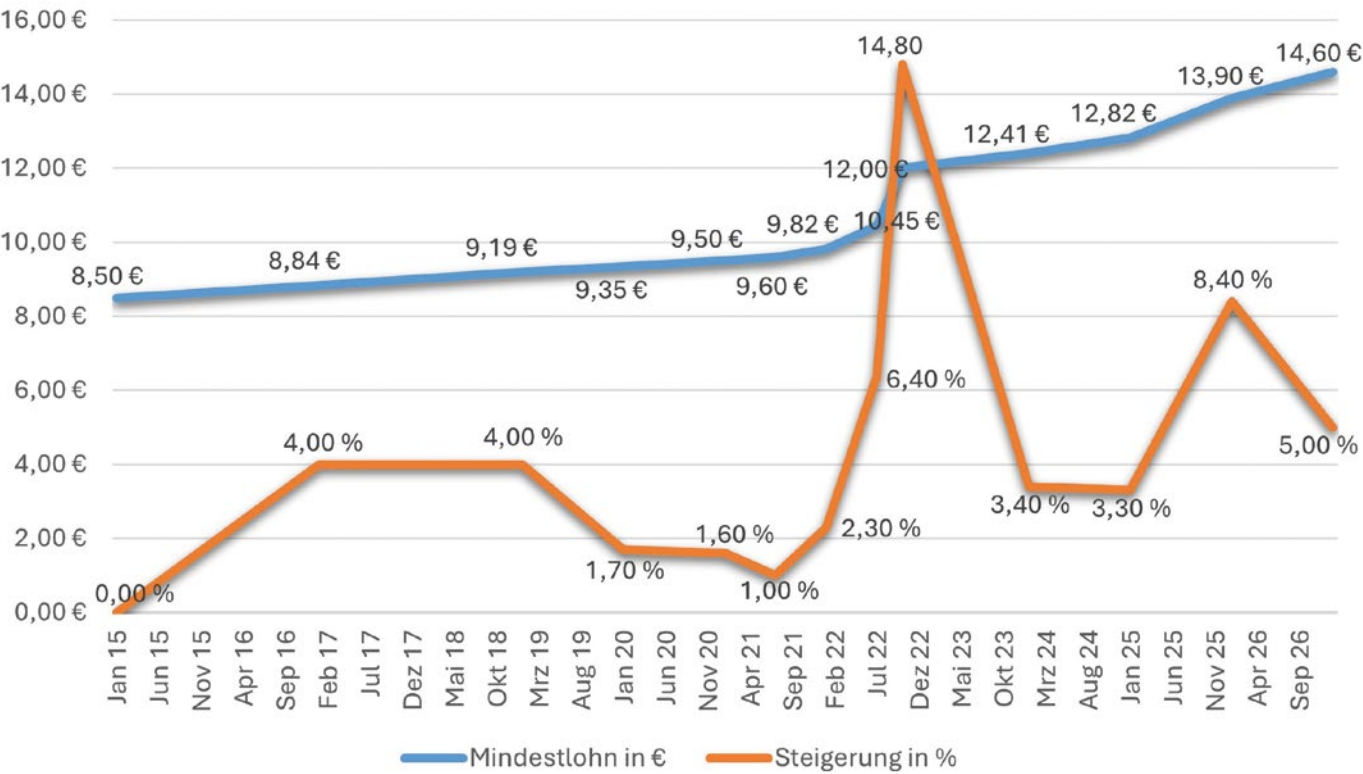
Man darf nicht vergessen, bei der Einführung des Mindestlohns war eigentlich vorgesehen, dass sich die Mindestlohnkommission bei der Festsetzung „nachlaufend an der Tarifentwicklung“ orientieren soll. Doch davon haben sich die Mindestlohnsteigerungen bereits weit entfernt – wozu auch die politisch getriebene Anhebung auf 12,00 Euro einen großen Teil beigetragen hat.

Lohndrift und Druck auf untere Tarifgruppen

Bedauerlicherweise hat die Mindestlohnkommission durch eine Änderung ihrer Geschäftsordnung beschlossen, dass ein Referenzwert in Höhe von 60 Prozent des Medianlohns ein weiterer Orientierungsmaßstab für die Mindestloohnerhöhung sein soll. Dies war der ausdrückliche Wunsch der Gewerkschaftsseite, die sich auf einen in der EU-Mindestlohnrichtlinie vorgeschlagenen Orientierungswert berief. Der nunmehr gefundene Wert von 14,60 Euro ab Januar 2027 liegt sogar 10 Cent oberhalb des von Destatis errechneten Wertes, basierend auf den 2024 ohne Sonderzahlung effektiv gezahlten Bruttostundenverdiensten (Medianlohn ohne Sonderzahlungen 2024: 24,16 Euro).

Vor dem Hintergrund des Fach- und Arbeitskräftebedarfs ist damit zu rechnen, dass die Effektivverdienste weiterhin stärker ansteigen als die Tarifverdienste – eine positive Lohndrift. Schon bei den vergangenen Erhöhungen hat der gesetzliche Mindestlohn in einigen Branchen die Höhe der untersten tariflichen Entgelte erreicht und überholt. Tarifgebundene Unternehmen liefen Gefahr, den höheren gesetzlichen Mindestlohn zahlen zu müssen, wenn sie nicht andere Entgeltleistungen auf den Mindestlohn anrechnen konnten.

Entwicklung gesetzlicher Mindestlohn



Diese Jagd des gesetzlichen Mindestlohns wird sich sogar noch verstärken. Dort, wo der Tariflohn überholt wurde, steigen die Löhne kräftiger an, als es in der Tarifentwicklung vorgesehen war. Diese effektiven Lohnsteigerungen gehen wiederum in die Berechnung des Medianlohns ein und sind damit Treiber bei der Berechnung und Festlegung der nächsten Mindestlohnanpassung – ein sich selbst verstärkender Kreislauf.

Dieser vorauszu sehende Effekt war auch einer der Gründe dafür, dass sich der Zentralverband Deutsches Baugewerbe vor einigen Jahren dafür entschieden hat, nicht mehr an einem eigenständigen Bau-Mindestlohn festzuhalten. Man darf nicht vergessen, dass gesetzlicher Mindestlohn, Bau-Mindestlohn und Bau-Tariflohn hinsichtlich Geltendmachung, Verjährung und Anrechenbarkeit teilweise unterschiedlich geregelt waren, was die Komplexität erhöht hat.

Ein Bau-Mindestlohn kann aber nur eine Lenkungs funktion haben, wenn er auch einen gewissen Abstand zum gesetzlichen Mindestlohn halten kann. Da der gesetzliche Mindestlohn politisch getrieben und nicht branchenspezifisch austariert ist, war dieser Abstand nicht mehr zu sichern.

Schrumpfender Abstand und Personalgewinnung

Tatsächlich liegt der unterste Tariflohn der Lohngruppe 1 im Baugewerbe am 1. Januar 2027 nur noch 38 Cent oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns – ein Abstand von 2,5 Prozent. Die nächste Mindestlohn-Erhöhung könnte daher auch den untersten Bau-Tariflohn erreichen. Dann drückt der gesetzliche Mindestlohn auf die Marktlöhne im Bau und erschwert die Suche nach Beschäftigten für einfache Hilfstätigkeiten, wenn der Tarif kaum über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war 2014 die Antwort darauf, dass immer mehr Unternehmen – nicht nur im Baugewerbe – aus der Tarifbindung ausgestiegen sind bzw. neu gegründete Unter-

nehmen sich nicht für eine Tarifbindung und gegen eine Mitgestaltung entschieden haben. Das Baugewerbe weist zwar im Branchenvergleich immer noch Spitzenwerte bei der Tarifbindung aus: Knapp die Hälfte der Arbeitnehmer arbeiten in tarif gebundenen Baubetrieben. Aber die Mindestlohnkommission weist in ihrem Fünften Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns aus, dass 41 Prozent aller Betriebe von der letzten Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns betroffen sind. Die Tarifträgerverbände haben immer wieder vor der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns gewarnt, da die Branchen durch politische Einflussnahmen den Einfluss auf die Gestaltung der Entlohnung Stück für Stück verlieren würden.

Politischer Einfluss statt Tarifautonomie?

Dieser Punkt ist nun erreicht. Anders als bei Tarifverhandlungen – bei denen die Verhandlungskommissionen ein Verhandlungsmandat der Mitgliedsunternehmen benötigen und am Ende die Mitglieder über die Annahme oder Ablehnung eines Tarifabschlusses oder einer Schlichtung entscheiden – sieht sich die Mindestlohnkommission, gestützt auf die gesetzlichen Regelungen, an keine Weisungen gebunden. Es scheint so, dass politischer Druck und Diskussionen die Entscheidung im Wesentlichen darüber bestimmen, welche abstrakten Daten bei der Berechnung des Tarifindex oder des Medianlohns zugrunde zu legen sind. So wird keine Rücksicht auf einzelne Branchen genommen – wie zuletzt bei der Landwirtschaft –, obwohl das Gesetz keineswegs einen für alle Branchen einheitlich gesetzlichen Mindestlohn vorschreibt.

Je mehr der gesetzliche Mindestlohn in der Zukunft weitere Tariflohngitter erfasst, desto mehr wird tarifautonome Lohnpolitik durch staatliche Lohnsetzung ersetzt – ohne Rücksicht auf die Frage, ob der so festgelegte Lohn in einer Branche tatsächlich noch erwirtschaftet werden kann. Eine zunehmend zentrale Lohnfindung mit starrer Orientierung am Medianlohn ist jedenfalls die falsche Antwort.

HERIBERT JÖRIS

Bundesbauminsterin Hubertz gratuliert Nationalteam Baugewerbe

Direkt nach ihrem Erfolg bei den EuroSkills 2025 in Dänemark wurden die Mitglieder des Nationalteams Baugewerbe von der Bundesbauminsterin empfangen. Verena Hubertz gratulierte persönlich den frisch gekürten Europameistern: Stuckateur Franz Lehnert (Gold), Maurer Florian Quade (Silber) und Muhammed Ali Lamain (Bronze, Team Stahl- und Betonbau).

Der Besuch fand anlässlich des Tags des Handwerks 2025 statt und unterstrich die Bedeutung einer starken beruflichen Ausbildung im Baugewerbe. Mit ihrem Einsatz und Können zeigen die jungen Fachkräfte, wie attraktiv und leistungsfähig das Handwerk ist. Der Empfang war zugleich Anerkennung und Motivation für die Nachwuchstalente, die mit ihren Erfolgen ein starkes Zeichen für die Zukunft des Bauhandwerks setzen.



Studie: Losweise Vergabe bleibt Grundpfeiler fairer öffentlicher Aufträge

Die von der Bundesregierung geplante Reform des Vergaberechts darf nicht zulasten des Mittelstands gehen. Das fordert eine Mitte Oktober veröffentlichte Studie zur öffentlichen Beschaffung, die der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und die Bundesvereinigung Bauwirtschaft (BVB) in Auftrag gegeben haben. Die Autoren, Prof. Michael Eßig (Universität der Bundeswehr München) und Prof. Martin Burgi (LMU München), bekräftigen den Vorrang der losweisen Vergabe, wie ihn der Regierungsentwurf des Vergabebeschleunigungsgesetzes vorsieht, und warnen vor einer Abschwächung.

Gerade in einer mittelständisch geprägten Wirtschaft ist es entscheidend, dass auch kleinere Betriebe faire Chancen erhalten, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Nur so kann Wettbewerb entstehen und die Leistungsfähigkeit des Bau- und Handwerkssektors langfristig gesichert werden. Das Gutachten belegt anhand konkreter Daten, dass kleine und mittlere Unternehmen einen erheblichen Anteil an Bauaufträgen in Deutschland haben. Durch die Aufteilung großer Projekte in einzelne Lose steigt die Zahl potenzieller Bieter, was Preis- und Qualitätswettbewerb stärkt.

Ein weiterer zentraler Befund: Die losweise Vergabe erhöht die Resilienz öffentlicher Bauvorhaben. Wenn mehrere mittelständische Unternehmen beteiligt sind, verringert sich das Risiko von Projektverzögerungen oder Stillständen, etwa im Fall einer Insolvenz eines Generalunternehmers. Gleichzeitig fördert die Vielfalt der beteiligten Betriebe spezialisierte, innovative Lösungen – ein Plus für Qualität und Wirtschaftlichkeit.

Verfassungsrechtliche Risiken

Kritik üben die Gutachter am Vorschlag des Bundesrats, den Vorrang der Losvergabe aus „zeitlichen Gründen“ aufzuheben. Eine solche Regelung würde nicht nur die Beteiligung des Mittelstands schwächen, sondern auch verfassungsrechtliche Risiken bergen. Die Losvergabe stehe im Einklang mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes (Art. 3 GG) und gewährleiste gleiche Zugangschancen zu öffentlichen Aufträgen. Auch mit Blick auf den Bestimmtheitsgrundsatz melden die Autoren des Gutachtens Bedenken an, da die „zeitlichen Gründe“ hier ohne die begrenzenden Kriterien des Regierungsentwurfs eingeführt werden sollen.

Unterstützung kommt aus Brüssel. Das Europäische Parlament spricht sich in seiner Entschließung zur Reform der EU-Vergaberichtlinien dafür aus, die Aufteilung öffentlicher Aufträge in Lose künftig zum Regelfall zu machen. Eine nationale Abschwächung des Vorrangs der Losvergabe wäre daher europarechtswidrig und müsste rasch korrigiert werden.

Das Gutachten macht deutlich: Nur wenn der Vorrang der Losvergabe im weiteren parlamentarischen Verfahren erhalten bleibt, können die Beteiligungsmöglichkeiten des Mittelstands dauerhaft gesichert werden – ganz im Sinne des Koalitionsvertrags und einer zukunftsfesten Vergabepolitik.

Das Gutachten ist online verfügbar auf www.bv-bauwirtschaft.de



© iStock/528964544-iStockr

BAMAKA

BAU AUF UNSERE VORTEILE!

Werde jetzt Mitglied und spare Zeit und Geld!

Welche Vorteile bieten wir? Die BAMAKA bietet dir starke Konditionen und günstige Preise für fast alle Bereiche des Arbeitsalltags.

Alles aus einer Hand, weniger Aufwand und weniger Stress. Ganz einfach über die BAMAKA einkaufen und dabei Kosten und Aufwand sparen. **BEI UNS IST WENIGER MEHR!**

www.bamaka.de



Mit dem neuen BAMAKA Bauprofi Shop steht dir ab sofort eine zentrale Plattform für deine tägliche Beschaffung zur Verfügung.



www.bamaka-bauprofi.de



Tanken
& Laden



**MEHR AUSWAHL
MEHR SERVICE**

Der neue BAMAKA Bauprofi Shop



FAHR-
ZEUGE

bis zu
53,5 %*
Nachlass

*Spare beim Kauf deines
nächsten Fahrzeugs



...und viele weitere Marken!

FUHRPARK-
MANAGEMENT



Beschaffung

Führerscheinkontrolle

Verwaltung

Kraftstoffmanagement

Schadenmanagement

BAMAKA Kundenservice
Tel: +49 2224 981 088 77
service@bamaka.de

Irrtümer, Konditionsänderungen und Druckfehler vorbehalten.

Ganz einfach beim Verband, unserem Kundenservice oder online unter www.bamaka.de/registrierung registrieren. Die Zugangsdaten werden schnellstmöglich per Email und Post zugesendet.



Noch nicht registriert? So geht's!

Europaparlament stärkt Losvergabe: Erfolg für den Mittelstand

Das EU-Parlament hat sich klar positioniert: Öffentliche Aufträge sollen künftig stärker in kleinere Lose aufgeteilt werden, um kleinen wie mittleren Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu erleichtern. Am 9. September 2025 stimmte das Parlament mit großer Mehrheit für eine Entschließung, die den Vorrang der Losvergabe in den EU-Vergaberichtlinien verankern will – ein wichtiger Schritt für den Wettbewerb am Bau.

Zwar sieht bereits Artikel 46 der EU-Vergaberichtlinie 2014/24/EU vor, dass öffentliche Auftraggeber Aufträge in Lose aufteilen können. Doch bislang bleibt die Regelung wirkungslos: Eine Pflicht zur Losvergabe besteht nicht. Damit werden große Projekte häufig als Gesamtauftrag vergeben – mit Nachteilen für viele mittelständische Bauunternehmen, die sich allein nicht bewerben können.

Im Juli 2025 hatte der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments einen Initiativbericht zur Reform des Vergaberechts vorgelegt. Darin forderte der Ausschuss eine klare Stärkung der Losvergabe – ganz im Sinne der mittelständischen Bauwirtschaft. Diese Linie fand nun Eingang in die Entschließung des Parlaments.

Parlamentsbeschluss: Mehr Wettbewerb, weniger Marktmacht

Das Europäische Parlament fordert die EU-Kommission auf, künftig eine durchgehende Aufteilung öffentlicher Aufträge in kleinere Lose zu prüfen. Ziel ist es, den Wettbewerb zu beleben und die

Dominanz großer Unternehmen zu begrenzen. Nur dort, wo hand-feste technologische oder effizienzbezogene Gründe dagegensprechen, soll auf eine Losaufteilung verzichtet werden können.

Besonders hervorgehoben wird die Bedeutung der Losvergabe bei Ingenieur-, Bau- und Planungsdienstleistungen. Hier könne die Aufteilung in kleinere Lose die Beteiligung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sichern und zugleich eine gezieltere Nutzung von Fachwissen ermöglichen.

Gemeinsames Engagement zeigt Wirkung

Der ZDB hatte sich gemeinsam mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Bundesarchitektenkammer (BAK) frühzeitig für diese Stärkung der Losvergabe eingesetzt – mit Erfolg. Das gemeinsame Schreiben der drei Organisationen an die europäischen Entscheidungsträger fand im Parlament Gehör.

Mit der Entschließung des Parlaments ist ein wichtiges Signal gesetzt. Nun kommt es darauf an, dass die Europäische Kommission den mittelstandsfreundlichen Grundsatz der Losvergabe in den EU-Vergaberichtlinien tatsächlich verankert. Der ZDB wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass faire Wettbewerbschancen für mittelständische Bauunternehmen auf europäischer Ebene gewährleistet bleiben.

CHRISTIAN SCHOSTAG



© iStock/1031313036-shraadjutt-klein

DEUTSCHER BAUGEWERBETAG

2025

4. - 5. NOVEMBER

Maritim proArte Hotel Berlin

UNSERE GÄSTE



Friedrich Merz
Bundeskanzler



Verena Hubertz
Bundesbauministerin



Michael Bröcker
Chefredakteur von Table Media



Wolfgang Schubert-Raab
Präsident ZDB



Eva-Maria Lemke
Moderation

ZDB

DEUTSCHER
BAUGEWERBETAG
2025

Unsere Zertifikate schaffen Vertrauen

Wir sind die führende bundesweit tätige Zertifizierungsstelle in der Bauwirtschaft. Zu unseren Kunden zählen Bauunternehmen, Ingenieurbüros, Baustoffhersteller und Schulungszentren mit Standorten im In- und Ausland.

Mit erfahrenen Auditoren und Sachverständigen, die mit technischen, bauvertraglichen und betriebswirtschaftlichen Themen vertraut sind, leisten wir einen Beitrag sowohl im Hinblick auf die Zertifizierung als auch zum Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen.

Unsere Leistungen

Zertifizierungen

- Qualitätsmanagement-Systeme nach DIN EN ISO 9001
- Umweltmanagement nach DIN EN ISO 14001
- Compliance-Managementsysteme zur Korruptionsbekämpfung nach DIN ISO 37001
- Selbstreinigungsmaßnahmen nach PQ-Leitlinie
- Sicherheitskultur „Safety Culture Ladder“ nach SCL-Regelwerk
- Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsysteme nach DIN ISO 45001
- Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz – SGU nach SCC-Regelwerk
- Personenzertifizierung für SGU-Personal nach SCC-Regelwerk
- Fremdüberwachung Kanalbau (gleichwertig zu RAL-GZ 961)
- Rohrleitungsbau nach DVGW-AB GW 301 und DVGW-AB GW 302
- Leitungstiefbau nach DVGW-AB GW 381 / AGFW-AB FW 600 / VDE-AR-N 4220
- Fernwärmebau nach AGFW-AB FW 601
- Brunnenbau nach DVGW-AB W 120-1
- Geothermie nach DVGW-AB W 120-2
- Entsorgungsfachbetriebe nach EfbV und §§ 52, 53, 56 KrWG (Kreislaufwirtschaftsgesetz)
- Bewertungssystem Nachhaltiges Gebäude (BNB)
- Produktkettenzertifizierung (Chain of Custody – CoC) nach PEFC-Regelwerk (nachhaltige Waldbewirtschaftung)
- Gebietseigene Gehölze (BMU-Fachmodul)
- Nachhaltigkeits-Managementsysteme nach dem ZNU-Standard Nachhaltiger Wirtschaften
- Kampfmittelsondierung nach Merkblatt 11 der Behörde für Umwelt, Klima und Agrarwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Präqualifikation

- Präqualifikation VOB nach Leitlinie für die Durchführung eines Präqualifizierungsverfahrens von Bauunternehmen
- Präqualifikation KEP für die Durchführung eines Präqualifizierungsverfahrens von Kurier-, Express- und Paketdiensten

weitere Dienstleistungen

- Seminare / Schulungen / Info-Veranstaltungen
- Koordination der Aktion Meisterhaft

Jetzt informieren
www.zert-bau.de

Aktuelles aus dem Verband

ZDB im Gespräch mit CDU/CSU-Fraktion

ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa hat sich Anfang Oktober in Berlin mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, zu einem politischen Austausch getroffen. Im Mittelpunkt standen die Themen, die die mittelständischen Bauunternehmen derzeit am stärksten beschäftigen.

Beim Vergaberecht machte Pakleppa deutlich, dass öffentliche Aufträge mittelstandsfreundlich bleiben müssen – nur so lassen sich Steuergelder effizient und fair einsetzen. Auch das geplante Bundestariftreuegesetz war Thema: Zusätzliche Bürokratie dürfe die Betriebe nicht weiter belasten. Mit Blick auf den Wohnungsbau forderte der Hauptgeschäftsführer neue Impulse, um dringend benötigte Bauvorhaben wieder in Gang zu bringen.

„Das Deutsche Baugewerbe ist bereit. Jetzt braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und klare Prioritäten“, so Pakleppa. Der ZDB wird den Dialog mit der Politik fortsetzen, damit die Anliegen des Baugewerbes in den aktuellen Reformprozessen Gehör finden.



ZDB beim Bundesmittelstandtag 2025

Mit einer klaren Agenda für den Baumittelstand und das Bauhandwerk war der ZDB beim Bundesmittelstandtag 2025 Ende September in Köln dabei. Im Mittelpunkt standen eine mittelstandsfreundliche Vergabe öffentlicher Aufträge und die Stärkung der Ausbildung im Bauhandwerk. Gemeinsam mit Zimmerer-Europameister Linus Großhardt warb der ZDB für die Attraktivität der dualen Ausbildung am Bau.

Ein besonderes Highlight: Bundeskanzler Friedrich Merz gratulierte Linus Großhardt persönlich zu seiner Goldmedaille – ein starkes Signal für die Bedeutung des Handwerks. Der ZDB gratuliert zudem Gitta Connemann herzlich zu ihrer Wiederwahl als Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT).



ZDB-Hauptgeschäftsführerkonferenz in Brüssel

Zwei Tage volles Programm mit klarer Mission: Bei der diesjährigen ZDB-Hauptgeschäftsführerkonferenz Ende September in Brüssel standen die Interessen mittelständischer Bauunternehmen im Mittelpunkt. Im Gespräch mit Marion Walsmann (MdEP) wurde die EU-Vergaberechtsreform aus Parlamentperspektive beleuchtet. Valentina Schaumburger, Kabinettsmitglied von Exekutiv-Vizepräsident Stéphane Séjourné, skizzierte die Pläne der Kommission zum kommenden Gesetzesentwurf. Für das Baugewerbe bleibt zentral, den Grundsatz der Losvergabe auf europäischer Ebene zu sichern und auszubauen.

Mit Andreas Glück MdEP tauschten die Hauptgeschäftsführer Ansichten und Interessen zur Europäischen Klima- und Umweltpolitik und deren Auswirkungen auf bezahlbares Bauen und Wohnen aus. Baukosten müssen gesenkt, Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, dazu sollte der bevorstehende Plan für Erschwinglichen Wohnraum Sorge tragen.

Im Gespräch mit Michael Hager, Kabinettschef von Kommissar Dombovskis, zuständiger Kommissar für die Vereinfachungsagenda der EU-Kommission, wurden Optimierungspotentiale der EU-Gesetzge-



bung und Lösungsansätze diskutiert. Thomas Westphal, Generaldirektor im Generalsekretariat des Rates der EU, eröffnete Einblicke in das Zusammenwirken der Europäischen Institutionen bei der Politikgestaltung und in die Finanzpolitik der EU.

Ein großer Dank gilt dem Brüsseler ZDB-Büro für die hervorragende Organisation der Konferenz und den engagierten Austausch mit den europäischen Entscheidungsträgern.

Bauhauptgewerbe Deutschland

Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten – Stand Oktober 2025

Baugewerblicher Umsatz				
nach Bauart, in Mio. Euro	2025	Jan. – Juli	Veränderung 2025 / 2024 in %	
	Juli		Juli	Jan. – Juli
Hochbau	5.169,5	30.886,5	-0,2	1,8
Tiefbau	5.941,4	31.037,1	8,2	7,5
Wohnungsbau	2.153,7	12.683,9	-0,7	-1,8
Wirtschaftsbau	4.900,9	28.061,3	6,8	7,1
Öffentlicher Bau	4.056,3	21.178,3	3,7	5,3
Insgesamt	11.110,9	61.923,5	4,1	4,5

Beschäftigte (Anzahl)				
	2025	Jan. – Juli	Veränderung 2025 / 2024 in %	
	Juli		Juli	Jan. – Juli
Insgesamt	537.280	535.615	1,2	1,0

Geleistete Arbeitsstunden				
nach Bauart, in Millionen	2025	Jan. – Juli	Veränderung 2025 / 2024 in %	
	Juli		Juli	Jan. – Juli
Hochbau	26,7	166,9	-1,1	-2,4
Tiefbau	31,9	186,4	2,1	0,6
Wohnungsbau	12,9	79,8	-2,4	-4,7
Wirtschaftsbau	24,1	149,8	1,9	0,7
Öffentlicher Bau	21,6	123,7	1,1	-0,1
Insgesamt	58,5	353,3	0,6	-0,9

Auftragseingang (in Mio. EUR)				
Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	2025	Jan. – Juli	Veränderung 2025 / 2024 in %	
	Juli		Juli	Jan. – Juli
Hochbau	4.441,6	29.471,0	13,9	8,5
Tiefbau	5.440,9	36.244,4	9,4	10,6
Wohnungsbau	1.722,0	11.834,8	10,4	11,7
Wirtschaftsbau	4.739,9	30.821,1	24,9	15,4
Öffentlicher Bau	3.420,5	23.059,5	-2,8	1,9
Insgesamt/nominal	9.882,4	65.715,4	11,4	9,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Termine 2025 / 2026		
4. – 5.11.2025	Deutscher Baugewerbetag	Berlin
7. – 10.11.2025	74. Deutsche Meisterschaften der Bau-Handwerke	Feuchtwangen
4. – 6.12.2025	Jungunternehmer-Tagung	Berlin
19. – 21.2.2026	Parteitag CDU	Stuttgart
4. – 8.3.2026	IHM	München
24. – 26.3.2026	Messe digitalBAU 2026	Köln
22. – 27.9.2026	WorldSkills 2026	Shanghai

Geburtstage – Wir gratulieren allen Jubilaren!

Am 2. Oktober vollendet **Uwe H. Reuter** sein 70. Lebensjahr. Reuter ist Aufsichtsratsvorsitzender der VHV Versicherungen. Wir gratulieren!

Katarzyna Urbanczyk-Siwiek, Geschäftsführerin der FG Bau, feiert am 5. November ihren 50. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

Impressum:

Chefredaktion: Iris Rabe
Redaktion: Florian Snigula

Autorinnen und Autoren: Heribert Jöris, Christian Schostag, Florian Snigula

Sie haben die Möglichkeit, dem Erhalt der Zeitschrift ZDB DIREKT zu widersprechen. Bitte lassen Sie uns dazu eine kurze Nachricht zukommen: **widerspruch@zdb.de**

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes
Kronenstraße 55-58, 10117 Berlin
Telefon 030 20314-408
Telefax 030 20314-420

ISSN 1865-0775

The image features an abstract geometric design composed of various triangles in shades of blue and grey. The triangles are arranged in a way that creates a sense of depth and movement, with some triangles appearing to overlap others. The colors range from a deep, vibrant blue to a light, airy blue, with a few grey triangles providing contrast. The overall composition is clean and modern, with sharp lines and a minimalist aesthetic.

www.zdb.de
ISSN 1865-0775